Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt: Realschulstr. 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Anholt: W. Wolfsng. — Dingden: Willy Schmitz. — Hammünkeln: H. Hengstermann. — Isselburg: Johann Welling. — Rhede: J. Heinrichs. — Ringenberg: Schniedertöns. — Spork: J. Krabbe. — Werth: Th. Parras. — Wesel: Hindenburgstraße 69.

Im 64. Jahrgang.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Postverlagsort: Bocholt.

Bezugspreise im Monat: Abgeholt von der Geschäftsstelle 1.95, ins Haus gebracht einschl. 25 Pfg. Botenlohn 2.20, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg. Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Zeno-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand ist für beide Teile Bocholt.

Nummer 216 | Montag, den 7. August 1933 | Jahrgang 1933

Englisch-französischer Schritt in Berlin.

In freundlicher Form. — Unter Berufung auf den Viererpakt.

Wegen der deutsch-österreichischen Frage.

wtb London, 5. August.

Die britische Botschaft in Berlin hat Anweisung erhalten, bei der deutschen Regierung mündlich vorstellig zu werden wegen des Abwurfes nationalsozialistischer Flugblätter über Oesterreich aus deutschen Flugzeugen und gewisser Reden, die von deutschen Rundfunkstationen verbreitet wurden, in denen die österreichische Bevölkerung aufgefordert wird, ihre gegenwärtige Regierung zu beseitigen.

Es heißt, daß die italienische und die französische Regierung in der gleichen freundlichen Form vorgehen werden.

Diese Vorstellungen werden auf Grund der Präambel ambel des Viermächte-Paktes erhoben werden, da man der Auffassung ist, daß dieser Weg die freundschaftlichste Art bedeutet, um an die deutsche Regierung heranzutreten.

Die Londoner Presse gibt eine Pariser Meldung wieder, wonach von dem französischen Botschafter und dem englischen Geschäftsträger „identische Noten" in Berlin übergeben werden sollen. Die Noten seien in freundlichem Tone gehalten. Der italienische Botschafter habe schon vor ein oder zwei Tagen Vorstellungen in ähnlichem Sinne erhoben. Der Schlußtext der Noten, so berichtet Reuter, sei am Freitag zwischen der englischen und französischen Regierung vereinbart worden. Die Noten beständen aus drei Paragraphen, in denen darauf hingewiesen werde, daß das deutsche Vorgehen gegen den internationalen Brauch, gegen den § 80 des Versailler Vertrages und gegen den Geist des Viermächtepaktes und die Präambel zu diesem Dokument verstoße.

In der erwähnten Präambel des Viererpaktes wird auf die besonderen Pflichten der Vertragsstaaten als ständige Mitglieder des Völkerbundsrates und als Unterzeichner der Locarno-Verträge hingewiesen, sowie auf die Verpflichtungen, die sich ergeben aus dem Kellogg-Pakt und der im Verlaufe der Abrüstungskonferenz abgegebenen Erklärung, wonach die Staaten auf die Anwendung von Gewalt verzichten.

Vom Pariser „Quai d'Orsay" wird mitgeteilt: „Nachdem Italien die Ansicht seiner Regierung hinsichtlich des Vorgehens Deutschlands in Oesterreich in der Wilhelmstraße zu Gehör gebracht hat, haben die Regierungen Englands und Frankreichs beschlossen, heute noch einen gemeinsamen Schritt zu unternehmen (démarche concertée). Der englische Botschafter in Berlin und der französische Botschafter François-Poncerdt werden in der Wilhelmstraße Noten überreichen, deren Wortlaut identisch sein wird."

Unsere Berliner Redaktion meldet uns dazu: Der französischen Diplomatie ist es also jetzt doch gelungen, die beiden anderen Mächte des Viererpaktes für eine Demarche bei der Reichsregierung zu gewinnen, nachdem in den letzten Tagen die Meinung in den Vordergrund getreten war, ein solcher Schritt sei nur von den ausländischen Zeitungen und Agenturen in die Welt gesetzt worden, um eine neue Hetze gegen Deutschland zu entfachen. Da die Absicht nun einmal angekündigt war, glaubte offenbar die französische Regierung, es würde zu einem Prestigeverlust beitragen, wenn den Worten nicht die Tat folgte. Allerdings mußten die Herren in Paris auch die Erfahrung machen, daß ihrem feindseligen Gebahren starke Schranken gesetzt sind. Denn man hat sich zu der gelindesten Form verstanden, die im diplomatischen Verkehr überhaupt möglich ist.

Voraussichtlich wird es sich nicht einmal um eine Beschwerde handeln, sondern wahrscheinlich werden die Botschafter, die den Auftrag haben, in freundschaftlicher Form im Auswärtigen Amt in Berlin vorstellig zu werden, nur den Wunsch zum Ausdruck bringen, einige Informationen zu erhalten.

Im übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß an den Berliner zuständigen Stellen offiziell nicht das geringste bekannt ist, ob überhaupt und wann der angekündigte diplomatische Schritt erfolgen wird.

★

Italien beteiligt sich nicht.

WTB London, 5. August.

Wie der Reuter-Vertreter in Rom meldet, ist ihm dort von einem Beamten des Auswärtigen Amtes erklärt worden, daß sich Italien an den beabsichtigten Vorstellungen der Westmächte in Berlin nicht beteiligen werde. Dazu erfährt Reuter von anderer und zwar nicht amtlicher Seite, daß die italienische Regierung bereits Gelegenheit genommen habe, in freundschaftlicher und nicht offizieller Form in Berlin zur Mäßigung und Umsicht zu raten.

★

Heute Ueberreichung der Noten.

)) Paris, 6. August.

Der größte Teil der Pariser Morgenpresse geht immer noch von der Voraussetzung aus, daß der französische und englische Schritt in Berlin bereits im Laufe des Sonnabend-Nachmittags erfolgt seien. Der Quai d'Orsay hat erst am Sonntag eine Verlautbarung herausgegeben, in der darauf hingewiesen wird, daß der französische und englische Schritt wegen der Abwesenheit des Reichsaußenministers und Staatssekretärs von Bülow erst am Montag erfolgen werde. Inzwischen verurteilt fast die gesamte französische Presse die Art, in der die Demarche erfolgt sei oder erfolgen werde. Man wirft der französischen Regierung vor, die ganze Angelegenheit von der verkehrten Seite angepackt und sich anstatt auf den Völkerbundspakt auf den Viererpakt gestützt zu haben. Gleichzeitig macht man Italien zum Vorwurf, durch sein eigenmächtiges Handeln einen großen Teil der Wirkung verhindert zu haben.

★

Eine Warnung.

WTB Rom, 6. August.

Anläßlich des diplomatischen Schrittes von Frankreich und England in Berlin warnt der Pariser Korrespondent der Turiner Zeitung „Stampa" die Regierungen von Paris und London, sich von dem österreichischen Problem hypnotisieren zu lassen und verlangt, daß so rasch wie möglich die Diskussion über die Hauptprobleme der Befriedung Europas, das Abrüstungsproblem und die Zollfrage wieder aufgenommen werde, die einzigen Probleme, für die die Zusammenarbeit Deutschlands erwartet und bedingungslos verlangt werden könne. Der österreichische Abszeß" könne nur dadurch geheilt werden, daß der künstliche Verband zerschnitten werde, in den schlecht beratene Chirurgen die Abrüstungsfrage und das Zollproblem eingewickelt hätten und der mehr und mehr zum Krebsschaden des ganzen internationalen Lebens zu werden drohe. Die beunruhigenden Erscheinungen in den Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich seien nichts anderes als die Folge des Leerlaufes in diesen Hauptproblemen.

★

Unterredung deutschen Botschafters im französischen Außenministerium.

WTB Paris, 5. August.

Der deutsche Botschafter Dr. Roland Köster hatte heute nachmittag eine Besprechung mit dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Botschafter Leger. Der italienische Botschafter Graf Pignatti di Custozza stattete heute dem Generalsekretär des Außenministeriums einen Besuch ab.

★

Militärische Hilfspolizei für Oesterreich.

Berlin, 5. August.

Wie die „Berliner Börsenzeitung" meldet, hat der österreichische Bundeskanzler Dollfuß bei der französischen Regierung die Errichtung einer österreichischen Hilfspolizei von 18000 Mann zur Niederkämpfung der nationalsozialistischen Bewegung in Oesterreich beantragt. Die Hilfspolizei soll rein militärischen Charakter haben, militärische Bewaffnung tragen und dem Kriegsministerium unterstellt sein. Die französische Regierung hat nach Fühlungnahme mit England und der Kleinen Entente dem österreichischen Antrag zugestimmt. Tatsächlich handelt es sich bei der Aufstellung einer militärisch organisierten Hilfspolizei in Oesterreich um keinerlei neue Maßnahme, denn die österreichische Regierung hat sich schon längst damit beschäftigt, zur Bekämpfung des Nationalsozialismus eine militärisch organisierte Hilfspolizei aufzustellen. Neu und bemerkenswert ist lediglich die Tatsache, daß Oesterreich es jetzt für notwendig hält, die nachträgliche Sanktion der fremden Mächte dazu zu erlangen.

★

Bevorstehende Romreise des österreichischen Bundeskanzlers.

CNB Wien, 6. August.

Wie die „Reichspost" erfährt, wird sich Bundeskanzler Dr. Dollfuß auf Wunsch des Ministerpräsidenten Mussolini demnächst zu einer außenpolitischen Aussprache in die italienische Hauptstadt begeben. Während die bisherigen Aufenthalte des Bundeskanzlers in Rom mit dem Abschluß des Konkordats im Zusammenhang standen und vorzugsweise dem Vatikan galten, werde der bevorstehende Besuch der italienischen Regierung gelten.

Der Feldzugsplan gegen die Arbeitslosigkeit.

Eine Kanzlerrede an historischer Stätte.

Berchtesgaden, 5. August.

Die Reichspressestelle der NSDAP teilt mit: Die Führertagung der NSDAP nahm heute auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden ihren Fortgang. Im Mittelpunkt stand heute die große Rede, die der Führer vor den versammelten Reichsleitern und Gauleitern hielt. In seinen großangelegten dreistündigen Ausführungen, die sich mit der innerpolitischen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Lage befaßten, erinnerte der Führer einleitend daran, daß er hier an einer für die NSDAP historischen Stätte spreche. Hier in diesem Hause seien einst die Pläne entworfen worden zur ersten Erhebung der Partei im November 1923, die zwar noch nicht zum Erfolg geführt habe, aber dennoch für die Entwicklung der Bewegung von großer Bedeutung gewesen sei. Wenn man damals nicht wenige Tage vor dem Losschlagen gehandelt hätte, wäre das Gesetz des Handelns auf die andere Seite übergegangen, was voraussichtlich das Ende des Reiches bedeutet hätte. Hier sei ferner der Zufluchtsort gewesen für viele Flüchtlinge der Bewegung, insbesondere auch für unseren unvergeßlichen Dietrich Eckart. Hier habe er später die Pläne zur Reorganisation der Partei gefaßt. Man sehe hier oben in den Bergen manches viel klarer, als unten unter den Menschen, und auch in der Zeit, die er jetzt hier oben verbringe, würden wieder große Entschlüsse reifen.

Zur innenpolitischen Lage führte Adolf Hitler aus: Die letzten sechs Monate, die uns in den Besitz der gesamten Staatsgewalt gebracht hatten, seien die Rechtfertigung für sein Handeln im letzten Jahre gewesen, zugleich aber auch die Rechtfertigung für das Vertrauen, das die Führung in die Partei setze; aus diesem ergäben sich auch die Konsequenzen für die Gestaltung der Zukunft.

Der Führer ließ keinen Zweifel darüber, daß die Partei die Macht auch mit allen Mitteln zu verteidigen entschlossen sei. Ordnung im eigenen Haus sei das letzte hierin entscheidende auch für unsere Stellung in der Welt.

Wesentlich sei, daß die Herrschaft im Staat von einer den Zufälligkeiten des Augenblicks enrzogenen stabilen Institution garantiert werde. Unabhängig von Personen müsse daher die Macht der Bewegung für alle Zukunft gefestigt werden. Darum sei eine Organisation notwendig, die so geartet sei, daß sich aus ihr heraus die Führung immer wieder von selbst erneuere und ergänze. Die Partei werde auch ihre Führungshierarchie aufbauen in einem Senat der ältesten, bewährtesten und treuesten Parteigenossen. Sie müsse in ganz großen Zeiträumen denken, denn sie sei dazu berufen, das Leben des Volkes zu garantieren.

Mitgliedschaft bei der Partei dürfe nicht Genuß, sondern könne nur Opfer bedeuten. Diese heroische Idee der Bewegung aber müsse das ganze Volk beherrschen.

Es müsse Wert darauf gelegt werden, allmählich ein Tradition der Bewegung zu schaffen. Schon aus diesem Grunde werde die Leitung der Bewegung für immer in München bleiben, ebenso wie die Parteitage auch für die Zukunft, und zwar alle zwei Jahre, in Nürnberg abgehalten werden sollen. Aus der inneren Ehrfurcht vor dieser Tradition und dem Geleisteten würden der Bewegung für die Zukunft unerhörte Kräfte erwachsen.

In seinen Ausführungen über die wirtschaftlichen Probleme ging der Führer insbesondere auf den Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit ein, dessen Durchführung die wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre sei.

Dieser Generalangriff vollziehe sich in drei großen Wellen. Die erste Welle in den bisherigen sechs Monaten habe zwei Millionen Arbeitslose von der Straße geschafft, die zweite Welle, die ab September beginne, und für die die materiellen und finanziellen Unterlagen sichergestellt seien, habe das Ziel, die im Sommer erreichten Erfolge zahlenmäßig im Winter mindestens zu halten. Die dritte Welle des Angriffs werde im nächsten Frühjahr beginnen und die Arbeitslosigkeit weiter in entscheidender Weise zurückdrängen.

Er sei fest überzeugt, daß ein endgültiger Erfolg gegen die Geißel der Arbeitslosigkeit innerhalb der nächsten Jahre zu verzeichnen sein werde. Aus der Lösung des Arbeitslosenproblems, mit dem unsere weltanschaulichen Gegner nicht fertig geworden seien, würde die NSDAP einen ungeheuren Gewinn an Autorität ziehen, einer Autorität, wie sie noch kein Regiment vor uns besessen habe. Wenn wir das Problem der Arbeitslosigkeit endgültig gelöst haben würden, dann kämen wir damit zugleich auch zu einer nationalsozialistischen Auffassung der Arbeit selbst, zum nationalsozialistischen Grundsatz, daß der Staat nicht dazu da sei, Renten auszuteilen, sondern Arbeitsmöglichkeiten. Wenn man bedenke, in welchem Zustand sich die Nation befinden könnte, wenn sie die ungeheuren brachliegenden Arbeitskräfte (jährlich 9 Milliarden Arbeitsstunden) praktisch für unser Volk verwertet hätte, dann könne man ermessen, was diejenigen verschuldet hätten, die vor uns regierten. Die NSDAP werde diese entscheidende Frage anfassen und lösen, weil sie eine ethische Verpflichtung sei. Der Führer ging dann des näheren

auf das in Angriff genommene gewaltige Straßenbauprojekt ein, das noch nach Jahrhunderten Zeugnis ablegen werde für die Kühnheit und die Leistungen der nationalsozialistischen Bewegung. Er sei überzeugt, daß die Nachwelt unsere Zeit einmal als eine der geistig umwälzendsten Epochen der menschlichen Geschichte bezeichnen werde.

Der Führer sprach zum Schluß seinen Mitkämpfern Dank aus für die geleistete Arbeit. Wenn die alte Garde ihren Bund mit ihm für alle Zukunft so aufrecht erhalte, wie in der Zeit des bisherigen Kampfes, dann werde auch der Erfolg in der Zukunft so sein, wie er bisher gewesen sei. Daß wir die Macht besäßen, sei wunderbar, doch noch wunderbarer sei es, daß wir auch das Herz des Volkes besäßen. In die kommende Zeit hinein gehe er mit einem unerhörten Gefühl der Zuversicht und des Vertrauens.

Der Schluß der heutigen Tagung vereinte die Teilnehmer zu einem Beisammensein im Hause des Führers auf dem Obersalzberg.

Die Erscheinung der Gottesmutter in Beauraing.

Bau einer Kapelle gefordert.

Brüssel, 5. August.

An einem Novemberabend des vorigen Jahres strahlte, wie damals gemeldet, fünf Kindern des kleinen Ortes Beauraing an der luxemburgischen Grenze, südlich von Dinant, aus der Grotte im Klostergarten von Beauraing, wo ein Standbild der hl. Jungfrau Maria steht, ein Licht entgegen. Zuerst wollte man von dieser Erscheinung nichts wissen, bis der dortige Arzt sich des Ereignisses annahm, die Kinder ausfragte und untersuchte und in einer Broschüre und Vorträgen aussagte, daß es sich hier um ein Wunder handle. Pilger in großen Scharen zogen zur Grotte, zumal die hl. Jungfrau inzwischen den Kindern — nach ihren Angaben — einzeln erschienen war. Die Zahlen schwollen aber ins Unermeßliche, als am 11. Juni dieses Jahres der Arbeiter Tilman Come von einer Wallfahrt zur Jungfrau von Beauraing von seiner langjährigen und von den Aerzten als unheilbar festgestellten Lähmung geheilt zurückkehrte. Am 25. Juni ging er noch einmal nach Beauraing, und dieses Mal erschien ihm, so berichtete er, die Jungfrau selber und verkündete, man solle für den 5. August — am Tage Mariä vom Schnee — eine große Wallfahrt nach Beauraing machen, sie werde dann erscheinen. Einige Tage später berichtete der Arbeiter, ihm sei eine weitere Nachricht zuteil geworden des Inhalts, daß am 5. August ein Geheimnis, das bis jetzt nur er kenne, seine Aufklärung fände. Das Datum hatte sich herumgesprochen. Und heute fuhren nicht weniger als 55 Sonderzüge aus Belgien nach Beauraing, um den Tausenden und aber Tausenden von Gläubigen Gelegenheit zu geben, die Grotte unsrer lieben Frau von Beauraing zu besuchen. Auch aus Holland wurde ein besonderer Zug entsandt. Die Station war viel zu klein, um all diese Züge aufnehmen zu können, das Dorf Beauraing konnte die Scharen nicht beherbergen. Alle die Hunderttausende warteten in festem Vertrauen auf ein übernatürliches Ereignis. Die Telegraphenunion meldet nun: „Wie Come vorausgesagt hatte, ist ihm am heutigen Sonnabend die Mutter Gottes erneut bei der Grotte erschienen. Tilman Come fiel in Verzückung und erzählte dann, daß die Mutter Gottes den Bau einer Kapelle in Beauraing wünsche und ihm den Grundriß des Baues erklärt habe. Die Erscheinung habe weiter die Pilgerschaft nach Beauraing gefordert und Gnade für die anwesenden Kranken verheißen. Dann sei, so schloß Tilmann Come, die Erscheinung, umgeben von Engeln, unter Musik aus dem Himmel verschwunden." Die Geistlichkeit von Beauraing und Umgebung hält sich natürlich vollständig zurück und hat sich über die geschilderten Vorgänge in keiner Weise geäußert.

Reinerhaltung von SA und SS.

CNB Berlin, 5. August.

Die Aufrechterhaltung der Manneszucht in der SA, im Stahlhelm und in der SS und deren Ansehen erheischen zwingend, daß ihnen nur Persönlichkeiten von lauterem Charakter und untadeliger Lebensführung angehören. Wer entehrende Strafen erleidet, ist, wie das VDZ-Büro meldet, nach Ansicht des preußischen Justizministers Kerrl nicht würdig, Mitglied dieser Formationen zu sein. Der Minister bestimmt daher:

Werden Angehörige der SA (einschl. des Stahlhelm) und der SS zu Freiheitsstrafen von minde-

120 Schüler in den Flammen umgekommen.

tu Peking, 6. August.

Nach Meldungen aus Urumtschu ist die Schule in der Stadt Fuyn während der Unterrichtszeit in Brand geraten. 120 Schüler sind in den Flammen umgekommen. Der Ausbruch des Feuers soll auf Brandstiftung zurückzuführen sein.

stens 3 Monaten verurteilt, so ist das rechtskräftige Urteil mit Gründen dem zuständigen Standartenführer der SA und SS (dem Regimentsführer beim Stahlhelm) mitzuteilen. Um Verzögerungen in der Uebersendung tunlichst zu vermeiden, ist schon während des Strafverfahrens festzustellen, welcher Standarte der SA, welchem Stahlhelm-Regiment oder Schutzstaffel der SS der Beschuldigte angehört.

Vatikan und Völkerbund.

Berlin, 6. August.

Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" aus Wien wird anläßlich des Katholikentages in Wien der Papst ein Schreiben an Kardinal Innitzer richten. Bei dieser Gelegenheit werden nachträglich die in der Presse aufgetauchten Gerüchte dementiert werden, daß der Vatikan einen Sitz im Völkerbund annehmen oder gar verlangen wolle. Der Vatikan denke garnicht daran, sich durch seine Teilnahme an den Genfer Arbeiten in das Labyrinth der internationalen Politik zu begeben. Eine andere Haltung des Vatikans war nicht zu erwarten.

Die Neuordnung in der altpreußischen Landeskirche.

TU **Berlin, 5. August.**

Ueber den am Freitag einstimmig gefaßten Beschluß des altpreußischen Kirchensenats, durch den die Wahl von Wehrkreispfarrer Müller vollzogen wurde, wird folgende amtliche Mitteilung herausgegeben:

„1. Der Kirchensenat wählt den Wehrkreispfarrer Ludwig Müller in Königsberg (Pr.) zum Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrates. Der Präsident Müller führt zugleich die Amtsbezeichnung „Landesbischof."

2. Der Präsident des evangelischen Oberkirchenrates, Ludwig Müller, ist an Kollegialbeschlüsse des evangelischen Oberkirchenrates nicht gebunden. Er ist berechtigt, Befugnisse des evangelischen Oberkirchenrates selbständig auszuüben.

3. Der Kirchensenat überträgt bis zu seiner nächsten Sitzung seine Befugnisse auf seinen Vorsitzenden."

★

Durch diesen Beschluß des Kirchensenats tritt zum ersten Mal in der Geschichte der altpreußischen Union an die Spitze der Verwaltung der größten deutschen Landeskirche ein Geistlicher, der die Amtsbezeichnung „Landesbischof" führt. Während bisher die Entscheidungen im evangelischen Oberkirchenrat durch Kollegialbeschlüsse getroffen wurden, die durch Abstimmung der hauptamtlichen Mitglieder zustande kamen, werden nunmehr dem Präsidenten stärkere selbständige Befugnisse eingeräumt. Der Kirchensenat, der etwa 35 Mitglieder zählt, hat seine Befugnisse auf seinen Vorsitzenden Präses D. Winckler übertragen.

Tag der deutschen Bauern

Von unserer Berliner Redaktion.

)(**Berlin, 6. August.** (Drahtb.)

Der 1. Oktober soll ähnlich dem Tage der deutschen Arbeit als Tag der deutschen Bauern ausersehen werden. Ein großes Reichstreffen der Deutschen Bauernschaft soll, wie verlautet, in diesem Jahre in Hoya stattfinden. Man rechnet mit einer gewaltigen Massenkundgebung und mit einer Beteiligung von etwa einer Million deutscher Bauern. Die Riesentribüne, die am 1. Mai auf dem Tempelhofer Felde Verwendung gefunden hat, soll in Hoya aufgebaut werden. Mit dem Tage der deutschen Bauern sollen die Vorführung heimatlicher Spiele und Gebräuche und ein großer Trachtenumzug verbunden werden.

Der Aufmarsch der SA Berlin-Brandenburg.

Ein Appell von 100 000 Mann.

WTB **Berlin, 6. August.**

Der erste große Aufmarsch der Berliner und Brandenburger SA vor Stabschef Röhm gestaltete sich zu einer großen Heerschau über diese mit weit über 100000 Mann aus einem kleinen Grüppchen zur stärksten SA-Gruppe Deutschlands angewachsenen Braunen Armee. Die Kolonnen, die in mehreren Heeressäulen von 5 Uhr ab mit klingendem Spiel dem Tempelhofer Feld zuströmten, wollten kein Ende nehmen. Auch auf den Fernverkehrsstraßen sah man in dichter Reihenfolge Lastauto auf Lastauto heranrollen, auf denen die Brandenburger SA nach Berlin kam. Schon während der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag hatten Sonderzüge Tausende von SA-Männern nach der Reichshauptstadt gebracht.

Auf dem Tempelhofer Feld trafen kurz nach 6 Uhr die ersten Formationen der SA ein. Die mit Eichenlaub und den Fahnen des alten und neuen Deutschland geschmückte Tribüne sah bald die ersten Ehrengäste. In 800 Meter breiter Front standen dann Kopf an Kopf 200 Meter tief die Soldaten Adolf Hitlers, zunächst die vier Berliner, dann die beiden Brandenburger Brigaden, in mustergültiger Ordnung, schnurgerade ausgerichtet, eingeteilt in 12 Reihen. Eine Armee von 100 000 Kämpfern, braungebrannte, wohlgeübte Mannen. Um 10 Uhr intoniert die Musik das Niederländische Dankgebet, das von den Hunderttausenden mitgesungen wird. Dann sprach Pfarrer Teusch über das Bibelwort: „Gott sei Dank, daß er uns den Sieg gegeben hat." Er gedachte der 400 Gefallenen der deutschen Freiheitsbewegung, die ihre Treue durch das Opfer ihres Lebens bekundeten. Das Vaterunser, von allen entblößten Hauptes mitgesprochen, und das Lied „Eine feste Burg" beschlossen den Feldgottesdienst. Gruppenführer Ernst kommandierte „Stillgestanden" und gedachte zuerst der Männer, die für die deutsche Freiheitsbewegung auf dem Berliner Asphalt ihr Blut vergossen haben. Er ruft die Namen der 39 Gefallenen der Gruppe Berlin auf, und bei jedem Namen antwortete die Armee der Hunderttausend mit „Hier", ein ergreifender Augenblick. Mit tiefem Ernst lauschten die Abertausende der Zuschauer. Im Anschluß an die Gefallenenehrung legten etwa 10000 SA-Anwärter ihr Treugelöbnis ab. Gruppenführer Ernst richtete an die Anwärter eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: „Ihr kennt nichts Höheres und Größeres als das Vaterland, nichts anderes als die Treue zu dem Mann, der uns unter seine Fahnen rief, nichts Größeres als die begeisterte und freudige Hingabe all dessen, was der Mann hat an Leib und Seele, an Gut und Blut, für eine große Idee. Die alte Kerntruppe der SA, die alte Garde, die leidenschaftliche und verbissene Kämpferschar, sie duldet es nicht, daß das reine Gedankengut der Sturmabteilungen etwa durch neu Hinzugekommene verwässert wird. Die alte Bravour, der wilde Elan, die freudige Hingabe an Dienst und Sache, das Bekenntnis zum Führer im Herzen und das Bekenntnis zur deutschen Freiheitsbewegung zu jeder Stunde auf den Lippen: das ist der braune Sturmsoldat, das ist der SA-Mann." Gruppenführer Ernst verlas dann das feierliche Bekenntnis des SA-Mannes, das von den SA-Anwärtern nachgesprochen wurde. Obergruppenführer Heines, der frühere Führer der Gruppe Berlin-Brandenburg, begrüßte dann die SA mit einer kurzen Ansprache: „Wir wissen, warum wir heute zu dem großen Appell angetreten sind, nicht um ein rauschendes Fest zu feiern, nicht um zu paradieren, sondern wir stehen hier, um der Welt zu sagen, daß eine neue Generation da ist, die den Frieden will, aber einen deutschen Frieden."

Punkt 10,45 Uhr erschien Stabschef Röhm, mit brausenden Heilrufen empfangen. Er führte u. a. aus: Die Revolutionen entscheiden sich immer wieder in der Hauptstadt des Landes. Eine Etappe in dem großen Kampf liegt hinter uns. Eine neue Etappe des Kampfes gleicher Art liegt vor uns. Heute handelt es sich darum, den SA-Geist, der Deutschland gewandelt hat, bis in die letzte Schicht des Volkes hineinzutragen. Ganz Deutschland muß in diesem Geist durchdrungen und erfüllt werden. Wenn wir heute nach wenigen Monaten der durchgeführten Revolution vielleicht da und dort noch Verhältnisse sehen, die uns Soldaten — wir müssen es offen aussprechen — nicht passen, so wollen wir das Vorbild und Beispiel geben, daß diese Verhältnisse sich grundlegend ändern. Ich habe die Forderung gestellt und den Befehl an die unterstellten Führer gegeben, daß alle die Angehörigen der SA, die dieses Geistes nicht sind, aus unseren Reihen ausgeschieden werden müssen. Wir wollen unsere Reihen rein halten. Es dürfen nur wirklich deutsche Männer mit deutschem soldatischen Geist, mit revolutionärem Kampfgeist in unseren Reihen stehen. Die SA wird, darüber soll sich niemand im Zweifel sein, bleiben und ihre Stelle behaupten. Wir rücken nicht von dem Platz, den wir uns erfochten haben, sondern wir werden da sein und darüber wachen, daß dieses Deutschland nationalsozialistisch nicht nur geworden ist, sondern bleiben wird für alle Zukunft. Wer meint, die Aufgabe der SA sei erfüllt, muß sich damit abfinden, daß wir da sind und da bleiben werden. Der Führer hat uns die Aufgabe gestellt, Garanten der Revolution zu sein, und wir werden sie erfüllen. Unserm Führer ein dreifaches Sieg-Heil!

Die erste Strophe des Horst-Wessel-Liedes leitete über zum großen Vorbeimarsch. Vor dem Vorbeimarsch, der von dem Gruppenführer Ernst angeführt wurde, hielt der Stabschef noch eine Ansprache an die Berlin-Brandenburger SA, in der er seine vollste Anerkennung, besonders allen Führern, aussprach, die dafür gesorgt haben, daß der nationalsozialistische Geist in ihren Reihen Fuß gefaßt habe. Die SA-Männer, vom einfachsten bis hinauf zum Führer, blieben Kameraden bis zum Tode Der Stabschef schloß mit einem Heil auf die SA Berlin-Brandenburg. Stabschef Röhm, Obergruppenführer Heines, die Gruppenführer Reiner und Ernst und Stabsleiter Sander bestiegen die Pferde, um die Fronten abzureiten, wobei Stabschef Röhm sich mit einigen verdienstvollen SA-Männern unterhielt. Dann zogen die endlosen Kolonnen an ihrem Stabschef vorüber. Der Vorbeimarsch zog sich bis in die Nachmittagsstunden hin, obwohl die Formationen in Zwölferreihen vorbei defilierten. Noch in den Abendstunden erklangen die lustigen Marschweisen der abziehenden Kolonnen, die zum größten Teil, soweit sie aus Brandenburg kamen, am Abend Berlin verlassen. Der Führer der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg, Ernst, hat nach Beendigung des Aufmarsches auf dem Tempelhofer Feld am Reichsehrenmal Unter den Linden einen Kranz niedergelegt.

Nach vorläufigen Feststellungen waren während des SA-Aufmarsches unter den Zuschauern etwa 250 mittelschwere Ohnmachtsanfälle, durchweg infolge der ungewöhnlichen Hitze, zu verzeichnen, die in den Stationen des Roten Kreuzes am Aufmarschgelände behandelt wurden. In einigen Fällen machte sich die Ueberführung ins Krankenhaus notwendig.

Abschluß von Verständigungspakten zwischen Danzig und Polen.

Die Ausnutzung des Danziger Hafens und die polnischen Minderheiten.

WTB **Danzig, 5. August.**

Die Danziger Regierung teilt amtlich mit: „Als Ergebnis der zwischen Danzig und Polen unter den Auspizien des Hohen Kommissars, Herrn Rosting, in der letzten Zeit geführten Verhandlungen sind heute in der Residenz des Hohen Kommissars von dem Herrn Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig, Dr. Rauschning, und Herrn Minister Papée ein Abkommen, betr. die Stellung polnischer Staatsangehöriger und anderer Personen polnischer Abstammung oder Sprache in Danzig, paraphiert und ein Arrangement über die Ausnutzung des Danziger Hafens durch Polen unterzeichnet. Die strittigen Fragen: Ausstellung von Pässen durch polnische Konsulate, Ratifikationsurkunden bei internationalen Verträgen und Exequatur-Formel für Konsuln in Danzig sind durch einen Briefwechsel zwischen Herrn Minister Papée und dem Hohen Kommissar, Herrn Rosting, einerseits und dem Präsidenten des Seats und dem Hohen Kommissar andererseits geregelt worden. Die Texte der verschiedenen Abkommen werden alsbald veröffentlicht werden."

Wie WTB dazu von unterrichteter Danziger Seite erfährt, wird der Danziger Volkstag zum nächsten Dienstag einberufen werden, und Senatspräsident Dr. Rauschning wird in dieser Sitzung nähere Erklärungen über das Danzig-polnische Abkommen abgeben. Bis dahin wird von den zuständigen Stellen über die näheren Einzelheiten des Abkommens strengstes Stillschweigen bewahrt. Schon jetzt kann man jedoch auf Grund der amtlichen Mitteilung mit Befriedigung feststellen, daß die von der nationalsozialistischen Danziger Regierung eingeleitete Aktion zu der erstrebten grundsätzlichen Verständigung mit Polen geführt hat. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Tatsache, daß die polnische Regierung durch Unterzeichnung eines Abkommens über die Ausnutzung des Danziger Hafens anerkannt hat, daß die Entwicklung Gdingens sich nicht weiterhin ohne Rücksicht auf den benachbarten Danziger Hafen vollziehen darf.

Die Verhandlungen über die weiteren zwischen Danzig und Polen bestehenden Streitfragen, insbesondere die Fragen der Zollkontrolle und Einfuhrkontingente sollen dem Vernehmen nach bereits in den nächsten Wochen in Warschau fortgeführt werden.

Der Görreshaus-Prozeß.

Abg. Hackelsberger als Zeuge.

((**Köln, 5. August.**

In der heutigen Verhandlung im Görreshaus-Prozeß wurde als Zeuge Direktor Herbst von der Deutschen Bank in Köln vernommen, die im Jahre 1928 der Görreshaus GmbH. einen Kredit von 100000 Mark gewährt hatte. Im Zusammenhang mit der damals schon illiquiden Lage des Unternehmens erklärte er, stieg der Kredit in ungeheurem Maße, während die Sicherheiten mehr und mehr statt in wirtschaftlichen Unterlagen im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung in günstigen Zukunftsaussichten erblickt wurden. Der Vorsitzende verlas dann ein Schreiben Brünings vom 27. November 1929, wonach das Aktienkapital von sechs Millionen erheblich überzeichnet sei. Dieser Brief ist von Herbst mitunterschrieben. Der Zeuge kann sich darauf nicht mehr genau besinnen und stützt sich darauf, er habe die Verhandlungen mit den Zeichnern nicht gekannt. Die Verhandlung galt dann einer Bescheinigung vom 11. September 1930, also dem Gründungstag der AG, die für den Treuhänder bestimmt war, in der versichert wird, daß die zur Gründung noch fehlende Summe von 1,6 Millionen bei der Deutschen Bank bereitliege. Diese Bescheinigung ist von Herbst unterzeichnet, da Direktor Brüning nicht anwesend war. Der Zeuge begründet sein damaliges Verhalten mit dem Hinweis darauf, daß bei der Gründung namhafte Persönlichkeiten mitgewirkt hätten. Vors.: „Sie hielten sich also für berechtigt, einen solchen Kredit zu geben." Zeuge: „Das fehlende Geld konnte ja gezeichnet aber nicht an Ort und Stelle zur Verfügung sein." Darauf wurde der Zeuge Gerig nochmals aufgerufen. Vors.: „Haben Sie von Reichskanzler Brüning bestimmte Zusagen erhalten über die Zeichnung von einer Million Mark Aktien für die Görreshaus AG?" Angeklagter Brüning: „Ich hatte das bestimmte Gefühl." Zeuge Gerig bestreitet, daß aus seinen Unterredungen mit Direktor Brüning ein derartiges Gefühl hätte abgeleitet werden können.

Letzter Zeuge ist der süddeutsche Industrielle Dr. Albert Hackelsberger. Er bekundet, er habe sich mit der Görreshaus AG. zum ersten Mal im Oktober 1932 befaßt, seines Wissens auf Veranlassung der rheinischen Zentrumspartei, vertreten durch ihren Sekretär Ruffini. Bis dahin habe er keinerlei Beziehungen zum Verlag gehabt. Irgendwelche politische Einflüsse habe er bei seiner Prüfung der Verhältnisse der Görreshaus AG. nicht gelten lassen. Seines Erachtens habe man in weitgehendem Maße im Vertrauen auf staatlichen Schutz und Gelder aus politischen Kreisen ins Blaue hineingewirtschaftet. Zu Beginn seiner Sanierungsbemühungen habe man ihm verschwiegen, daß das Grundstück am Neumarkt noch mit einer Hypothek der Bodenkreditbank in Höhe von 2,8 Mill. RM. belastet war, wofür die Görreshaus AG. selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen hatte. Er habe im Reichstag mit Justizrat Mönnig über die Bürgschaft gesprochen, der ebenso erstaunt war wie er selbst. Weiter habe man ihn darüber in Unkenntnis gelassen, daß die Firma Felten & Guillaume ihr Aktienpaket in Höhe von mehreren 100 000 Mark zurückgegeben und Rückzahlung verlangt habe. Der Firma war auf Verlangen ein Revers ausgestellt worden, wonach das gezeichnete Aktienkapital nach Ablauf von zwei Jahren zu 110 Prozent zurückgezahlt werden sollte. Die dem Zeugen anfangs unbekannte Belastung von über drei Millionen Mark verschlug selbstverständlich die ursprünglichen Sanierungsintentionen Hackelsbergers. Der Zeuge vertritt auch heute noch die Meinung, daß nach dem Treuhandbericht, der ihm gegeben wurde, das Unternehmen 1932 mit 2,6 Mill. Mark sanierungsfähig war. Auf die Frage, wann dem Zeugen die Erkenntnis gekommen sei, daß eine freiwillige Sanierung ausgeschlossen war, antwortete der Zeuge zunächst, daß ihm diese Erkenntnis im Februar 1933 gekommen sei. Zwischen dem 11. und 20. Januar habe er (Zeuge) dem Vorstand mitgeteilt (nach Rücksprache mit Staatssekretär Planck), daß aus Berlin Sanierungsgelder nicht zu erwarten seien. Inzwischen hielt Bankdirektor Brüning immer noch an einer früher gemachten festen Zusage über zwei Millionen Mark fest. Erst Anfang März habe er (Hackelsberger) erfahren, daß diese zwei Millionen nicht zu erwarten waren. Damit hat er seine Sanierungsbemühungen abgebrochen und sich von der Kölner Görreshaus AG. zurückgezogen. Auf Fragen des Verteidigers, Professor Grimm, macht der Zeuge zum Schluß Ausführungen, wonach Mönnig von den kaufmännischen Dingen garnichts verstanden habe, und bezeichnet die Berufung dieses rein politischen Repräsentanten als geschäftsführendes Vorstandsmitglied als groben Unfug. Die Verhandlung wurde dann bis Montag vertagt.

Weizenvermahlungszwang 97 v. H.

TU **Berlin, 5. August.**

Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat nunmehr die bereits angekündigte Regelung des Weizenvermahlungszwanges getroffen. Die heute erscheinende zehnte Verordnung über die Aenderung der Sätze für die Vermahlung von Inlandsweizen setzt die Höhe der Vermahlungsquote für das gesamte laufende Getreidewirtschaftsjahr 1933/34, und zwar für die Zeit vom 16. August 1933 bis zum 15. August 1934 fest, um den Mühlen die Möglichkeit der Disposition auf weite Sicht zu geben. Sie bestimmt dabei, daß die Mühlen in der Zeit vom 16. August bis 30. September 1933 in den einzelnen Monaten von Oktober 1933 bis Juli 1934 und in der Zeit vom 1. bis 15. August 1934 mindestens je 97 v. H. Inlandsweizen vermahlen müssen. Der Vermahlungssatz für Inlandsweizen ermäßigt sich auf 70 v. H., soweit die Mühlen Auslandsweizen in Form von Austauschweizen vermahlen. Voraussetzung hierfür ist aber, daß die Mühlen sich dem am 3. August d. Js. errichteten „Konsortium deutscher Weizenmühlen 1933" anschließen und die mit dieser Zugehörigkeit im Interesse der Gesamtheit verbundenen Lasten auf sich nehmen.

Vorbereitungen zur Sicherung des Kartoffelabsatzes im Gange.

)(**Berlin, 5. August.** Das Reichsernährungsministerium teilt mit: Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft sind die Vorbereitungen zur Sicherung des Kartoffelabsatzes in vollem Gange. Die Maßnahmen werden im Sinne echter Bauernpolitik, unabhängig von den nichtselten polemischen Aeußerungen und Forderungen einseitiger Interessentenkreise lediglich im Interesse des Gesamtwohls angeordnet und durchgeführt werden. Für Forderungen und Methoden, die zur Durchsetzung eigennütziger Interessen in den letzten 14 Jahren angewandt wurden, ist im neuen Deutschland kein Platz mehr.

Scheinfliegerangriff auf München.

CNB **München, 5. August.**

Der Reichsluftschutzbund veranstaltete heute vormittag einen Luftscheinangriff auf die bayerische Hauptstadt, der für 10,55 Uhr angesetzt war. Bereits lange vorher war die Innenstadt so dicht belebt, daß der Fahrzeugverkehr vollkommen zu stocken drohte. Gegen 10,30 Uhr durchfuhren plötzlich ungefähr 60 Warnstreifen auf Motorfahrzeugen die Stadt und machten die Bevölkerung durch Sirenen und Hupengeheul auf den bevorstehenden Fliegerangriff aufmerksam. Gegen 10,45 Uhr erschien dann das erste Bombenflugzeug über dem Stachus. Sofort wurde der ganze Verkehr gestoppt. Zehn Minuten später wurde dann der Hauptangriff durch Glockengeläut angekündigt. Die überall in den Straßen postierten SA-Männer forderten das Publikum auf, sich in Sicherheit zu bringen. Kurz darauf erschienen die Bombenflugzeuge aus allen Himmelsrichtungen und warfen lange, mit Sandsäcken beschwerte Papierfahnen ab, auf denen die Art der Bomben und ihre Verwendung gedruckt war.

Kaum waren die Scheinbomben niedergefallen, als auch schon SA-Männer, mit Gasmasken ausgerüstet, zur Hilfeleistung herbeieilten. Auch die Feuerwehr war, ebenfalls mit Gasmasken versehen, sofort zur Stelle, um eingreifen zu können. Der ganze Luftangriff dauerte nur fünf Minuten, nach denen sich die Flugzeuge in Richtung auf Pasing entfernten, das ebenfalls mit Scheinbomben belegt wurde. — Der zweite Bürgermeister Dr. Küfner, der Wehrkreiskommandeur Exzellenz Ritter von Leeb, der Polizeipräsident von München, Schneidhüber, und sonstige Behördenvertreter wohnten dem Scheinangriff vom Rathausturm bei. Dabei ließ sich feststellen, daß ganze Stadtviertel, insbesondere die Häuserblocks um den Marienplatz, der Residenz und den Bahnhof im Ernstfalle in Schutt und Asche gelegt worden wären.

Roosevelts Rat für Arbeitsfrieden.

:: **Hyde Park** (Newyork), 5. August.

Präsident Roosevelt hat seine Absicht, einen Arbeitsfrieden zu proklamieren, rasch in die Tat umgesetzt. Er hat einen Rat von sieben Mitgliedern ernannt, dessen Aufgabe es ist, die Durchführung des Arbeitsfriedens zu überwachen. In dem im Zusammenhang damit veröffentlichten Aufruf werden Unternehmer und Arbeiter aufgefordert, Streiks, Aussperrungen und ähnliche soziale Kampfmaßnahmen während der Dauer des Arbeitsfriedens zu unterlassen.

Der von Roosevelt ernannte Rat für den Arbeitsfrieden besteht aus folgenden Persönlichkeiten: Senator Wagner (Vorsitzender), Green, Präsident des amerikanischen Arbeitnehmerverbandes, Lewis, Präsident der „United Mine Workers", Teagle, Präsident der Standard Oil Company, New Jersey und Swope, Präsident der General Electric Company.

Verfahren in der Korruptionssache beim Rundfunk eingeleitet.

Berlin, 5. August.

In der den Rundfunk betreffenden Korruptionsangelegenheit ist von der Kriminalpolizei ein Verfahren eingeleitet worden, das sich gegen Alfred Braun, den Intendanten Flesch, Dr. Magnus sowie gegen Ministerialrat Giesecke richtet. Den Genannten wurden die Pässe abgenommen, außerdem wurden Haussuchungen durchgeführt, bei denen erhebliche Mengen von Aufzeichnungen aller Art beschlagnahmt worden sind. Die Durchsicht der vorgefundenen Aufzeichnungen, die unter Zuhilfenahme von Sachverständigen erfolgt, dürfte noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Die französischen Ozeanflieger über Frankreich.

w **Paris, 6. August.**

Von den französischen Fliegern Code und Rossi, die gestern in Newyork aufgestiegen sind, um mit ihrem Eindecker, der mit einem 500 PS.-Hispano-Motor versehen ist, einen neuen Langstreckenrekord aufzustellen, trafen beim französischen Luftfahrtministerium um Mitternacht die ersten Funksprüche ein. Das Flugzeug, das auf den Namen „Le Brix" getauft ist, hatte vom Start fünf Stunden lang gegen Regenböen, Sturm und schlechte Sicht zu kämpfen. Kurz nach 12 Uhr mittags gaben die Flieger ihre Position mit 600 km von der französischen Küste entfernt an. Um 13 Uhr meldeten sie, daß an Bord alles gut gehe und sie 450 km westlich Quessant lägen. Um 13,30 Uhr meldeten die Flieger, daß sie sich bereits über dem französischen Hoheitsgewässer befänden, aber ihnen durch tiefhängende Wolken die Orientierung erschwert werde. Um 18 Uhr befanden sich die Flieger über Cherbourg. Sie teilten der Funkstation des Flughafens Le Bourget mit, daß sie Cherbourg in Richtung Paris überflögen. Um 19 Uhr gaben die Flieger bekannt, daß sie den Flughafen Le Bourget überfliegen und einen Bericht über die bisher zurückgelegte Strecke abwerfen würden. Sie baten um Auskunft über die Wetterverhältnisse auf den in Aussicht genommenen Flugrichtungen Nordindiens und Südindiens.

Die Flieger haben um 20,22 Uhr Le Bourget überflogen. Da ihnen noch 2800 Liter Brennstoff verbleiben, hoffen sie, einen neuen Weitstreckenrekord aufstellen zu können. Ihre Flugrichtung ist Indien.

Neues in Kürze . . .

Das frühere Organ der aufgelösten Bayerischen Volkspartei, das „Fränkische Volksblatt", wurde von der bayerischen politischen Polizei auf Grund eines Artikels über das Erbkrankengesetz von heute ab bis einschließlich 30. August, also auf vier Wochen, verboten.

Ministerialrat Garzow wurde zum Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium ernannt.